

# Kommunal-Kassen-Zeitschrift

Fachzeitschrift für die kommunale Kassen- und Vollstreckungspraxis

## Jahresinhaltsverzeichnis

70. Jahrgang 2019



Herausgeber: Fachverband der Kommunalkassenverwalter e.V.

 VERLAG  
RECKINGER

## 70. Jahrgang 2019

### Heft 1 – 12; Januar – Dezember 2019

#### Hauptbeiträge

Grußwort des Bundesvorsitzenden des Fachverbands der Kommunalkassenverwalter e. V. zum Jahr 2019 (Dietmar Liese)	1
Vermeidung von Druckzahlungen des Schuldners in der behördlichen Vollstreckungspraxis (Markus Geißler)	2
Bericht des Bundesvorstands für das Jahr 2018 (Andrea Sommerfeldt)	25
Grundstücke in der Insolvenz (Stefan Lissner)	49
Zahlungspflicht nach dem Tod des Schuldners? (Rainer Goldbach)	73
Einladung zur Bundesarbeitstagung 2019 (Dietmar Liese)	97
Programm der Bundesarbeitstagung 2019	98
Einladung zur Mitgliederversammlung	99
Workshops im Rahmen der Bundesarbeitstagung 2019	100
Erwartete Änderungen der Insolvenzordnung – insbesondere das vorinsolvenzlich verpflichtende Sanierungsverfahren (Ralf Klomfaß)	121
Versicherungen in Vollstreckung und Insolvenz (Teil 1) (Peter Kraus)	145
Bilanzkosmetik zur erwarteten Insolvenzanfechtung? (Ralf Klomfaß)	169
Versicherungen in Vollstreckung und Insolvenz (Teil 2) (Peter Kraus)	174
Bundesarbeitstagung 2019 – eine gelungene Tagung mit spannenden Vorträgen und einer Vielfalt an Workshops (Andrea Sommerfeldt)	193
Versicherungen in Vollstreckung und Insolvenz (Teil 3) (Peter Kraus)	196
Versicherungen in Vollstreckung und Insolvenz (Teil 4) (Peter Kraus)	217
Die Restrukturierungsrichtlinie – nur ein „Geschenk“ für Schuldner? (Stefan Lissner)	241
Versicherungen in Vollstreckung und Insolvenz (Teil 5) (Peter Kraus)	246
Neufassung der Vereinsatzung des Fachverbands der Kommunalkassenverwalter e. V. (Dietmar Liese)	265

Reform des P-Kontos – gut gemeint, aber noch nicht zu Ende gedacht (Stefan Lissner)	265
---	-----

#### Vollstreckung

Grundlagen der Insolvenzanfechtung – Update 2018 (Teil 2) (Stefan Lissner)	8
Minderjährige oder betreute Schuldner (Otto Wesche)	27
Neuregelungen zur Gewährung der Vollstreckungsvergütung in Rheinland-Pfalz (Torsten Heuser)	57

#### Kassenthemen

Kassenprüfungen – Anknüpfungspunkte und Regelungen. Praktischer Fall aus Rheinland-Pfalz (Ralf Klomfaß)	150
Sind Auszahlungsanordnungen bereits mit dem Bestellvorgang möglich? (Ralf Klomfaß)	223

#### Aus der Praxis

Titulierung und Vollstreckung zivilrechtlicher Forderungen (Karola Singer)	76
Stellt die Mahnung einen Verwaltungsakt dar? (Ralf Klomfaß)	105
Der Vollstreckungsbeamte (Karola Singer)	123
Zuständigkeitsregelungen in den Landesverwaltungsvollstreckungsgesetzen zur Abnahme der eidesstattlichen Versicherung (Corinna Nolden/Karola Singer)	274

#### Für Berufsanfänger

Notwendigkeit einer Mahnung bei öffentlich-rechtlichen Forderungen, die nach den Verwaltungsvollstreckungsgesetzen beigetrieben werden sollen (Karola Singer)	275
---	-----

# Aus der Rechtsprechung

## 1. Ordentliche Gerichte

Öffentliche Zustellung im Vermögensauskunftsverfahren der ZPO; Zur Bewilligung der öffentlichen Zustellung BGH, Beschluss vom 30. 11. 2017 – I ZB 5/17

Vermieterpfandrecht umfasst auch Fahrzeuge des Mieters, die auf dem gemieteten Grundstück regelmäßig abgestellt werden; Zum Vermieterpfandrecht in der Insolvenz BGH, Urteil vom 6. 12. 2017 – XII ZR 95/16

Zahlung einer Lästigkeitsprämie an den Gläubiger einer nicht werthaltigen Zwangssicherungshypothek bei freihändiger Grundstücksverwertung aus der Insolvenzmasse OLG Köln, Urteil vom 20. 1. 2016 – 2 U 86/15

Strafrechtliche Folgen falscher Angaben in den Vermögensverzeichnissen des Schuldners; Folgen des Verschweigens einzelner Vermögenswerte gem. §§ 156 und 283 Abs. 1 Nr. 1 StGB BGH, Beschluss vom 21. 3. 2017 – 1 STR 602/16

Einholung von Drittauskünften durch den Gerichtsvollzieher im Wege des Verwaltungsvollstreckungsverfahrens gem. § 15a Abs. 3 Satz 1 LVwVG BW – Mit einer Anmerkung der Schriftleitung – BGH, Beschluss vom 5. 10. 2017 – I ZB 78/16

Zur Unpfändbarkeit des Altersvorsorgevermögens aus tatsächlich geförderten Riesterverträgen; Zur Rechtsfolge des § 97 Satz 1 EStG BGH, Urteil vom 16. 11. 2017 – IX ZR 21/17

Keine Anfechtung der Zahlung einer Geldbuße aus dem unpfändbaren Einkommen des Insolvenzschuldners AG Kassel, Urteil vom 14. 11. 2017 – 435 C 1558/17

Kein weiterer Pfändungsfreibetrag, wenn der Schuldner mit einer nicht unterhaltsberechtigten Person in einer sozialrechtlichen Bedarfsgemeinschaft lebt; Zur Einbeziehung einer faktischen Unterhaltspflicht in die Berechnung des pfändbaren Schuldnerinkommens BGH, Beschluss vom 19. 10. 2017 – IX ZB 100/16

Zustimmungsrecht des Grundstückseigentümers zur Löschung einer Grundschuld nach Pfändung des Anspruchs auf Rückgewähr der Grundschuld; Zur Hilfspfändung BGH, Beschluss vom 12. 10. 2017 – V ZB 131/16

Zeitpunkt der Verfügung über ein Pfändungsschutzkonto bei der Barabhebung vom Geldautomaten; Zur Anrechnung von Verfügungen des Inhabers eines Pfändungsschutzkontos auf Guthaben aus dem Vormonat BGH, Urteil vom 17. 10. 2017 – XI ZR 419/15

Zur Verhältnismäßigkeit der Anordnung einer Erzwingungshaft im Vermögensauskunftsverfahren; Erzwingungshaft als ausschließliches Beugemittel BVerfG, Beschluss vom 3. 11. 2017 – 2 BvR 2135/09

Keine verjährungshemmende Wirkung der Anzeige der Masseunzulänglichkeit für Altmasseverbindlichkeiten im Insolvenzverfahren; Kein Rechtsmissbrauch des Insolvenzverwalters BGH, Urteil vom 14. 12. 2017 – IX ZR 118/17

Zum Zugriff auf das Neuvermögen eines Schuldners nach Freigabe der selbstständigen Tätigkeit aus der Insolvenzmasse; Insolvenzantragsrecht für Neugläubiger BGH, Beschluss vom 25. 1. 2018 – IX ZA 19/17

Zur Änderung des unpfändbaren Betrags wegen Krankheit oder Pflegebedürftigkeit des Schuldners; Zur Abwägung der Schuldner- und Gläubigerinteressen BGH, Beschluss vom 21. 12. 2017 – IX ZB 18/17

Zur sittenwidrigen vorsätzlichen Schädigung gem. § 826 BGB im Rahmen von Zwangsvollstreckungsmaßnahmen bei der Geldvollstreckung; Kein Drittberufungsrecht auf den Vollstreckungsschutz des § 765a ZPO BVerfG, Beschluss vom 29. 5. 2015 – 1 BvR 163/15

18 Unzulässigkeit der Ruhendstellung einer Kontenpfändung gegen den Willen des Drittschuldners BFH, Beschluss vom 16. 5. 2017 – VII R 5/16

20 Zur Möglichkeit der Pfändungserweiterung, wenn der Schuldner einem gesetzlich Unterhaltsberechtigten tatsächlich keinen Unterhalt leistet – Mit einer Anmerkung der Schriftleitung – BGH, Beschluss vom 28. 9. 2017 – VII ZB 14/16

31 Vorliegen einer Verfügung des Schuldners über sein Pfändungsschutzkonto bei vergeblichem Versuch einer Barabhebung; Keine ungerechtfertigte Bereicherung des Pfändungsgläubigers BGH, Urteil vom 19. 10. 2017 – IX ZR 3/17

36 Zur Aufhebung eines gem. § 802g ZPO erlassenen Haftbefehls zur Erzwingung einer Vermögensauskunft; Zweckaspekte bei der Durchsetzung von Teilleistungen BGH, Beschluss vom 29. 3. 2018 – I ZB 54/17

37 Zur Unpfändbarkeit von Zuschlägen für die Sonntags- und Feiertagsarbeit; Zur Pfändbarkeit von Zuschlägen für die Samstagsarbeit BGH, Beschluss vom 20. 9. 2018 – IX ZB 41/16

41 Zur Behandlung einer melderechtlichen Auskunftssperre in der Zwangsvollstreckung; Zur Behandlung von melderechtlichen Auskunftssperren im Schuldnerverzeichnis BGH, Beschluss vom 10. 10. 2018 – VII ZB 12/15

43 Zur hinreichenden Bestimmtheit einer Forderungspfändung gegenüber einer Lebensversicherungsgesellschaft; Zur Auslegung des Pfändungs- und Überweisungsbeschlusses BGH, Urteil vom 25. 1. 2018 – IX ZR 104/17

45 Der unpfändbare notwendige Unterhalt des Schuldners im Sinne des § 850d Abs. 1 Satz 2 ZPO entspricht grundsätzlich dem notwendigen Lebensunterhalt im Sinne des Zwölften Buches SGB; Zur Ermittlung des ortsüblichen Mietpreisniveaus – Mit einer Anmerkung der Schriftleitung – BGH, Beschluss vom 5. 7. 2018 – VII ZB 40/17

59 Zur Vollstreckung übergeleiteter Unterhaltsansprüche gem. UVG auf der Grundlage eines gerichtlichen Vollstreckungsbescheids – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – LG Dessau-Roßlau, Beschluss vom 14. 2. 2018 – 1 T 12/18

## 2. Verwaltungsgerichte

64 Kein Wahlrecht zwischen einer Klage nach dem Anfechtungsgesetz und einem Duldungsbescheid wegen Ansprüchen aus dem Steuerschuldverhältnis außerhalb des Insolvenzverfahrens BVerwG, Urteil vom 25. 1. 2017 – 9 C 30.15

67 Zur vollstreckungsbehördlichen Ermessensausübung bei der Entscheidung über die Anordnung der Eintragung in das Schuldnerverzeichnis; Rechtsfolgen einer rechtswidrigen Eintragung in das Schuldnerverzeichnis – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – VG Schwerin, Urteil vom 7. 2. 2018 – 6 A 3831/16

71 Zur Überprüfung des zu vollstreckenden Leistungsbescheids im laufenden Vollstreckungsverfahren; Zum Anspruch des Schuldners auf Löschung der übermittelten personenbezogenen Daten VG Köln, Beschluss vom 26. 9. 2017 – 14 L 2983/17

Eine allgemeine Ankündigung der Vollstreckung stellt, vorbehaltlich spezialgesetzlicher Regelungen, keinen Verwaltungsakt dar; Zur Umdeutung der Klage in eine vorbeugende Leistungsklage – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – VG Neustadt/W., Urteil vom 6. 12. 2017 – 1 K 731/17	113	Beweiserhebung über den Zugang eines einfachen Briefes; Kein Anscheinsbeweis möglich Hess. VGH, Beschluss vom 27. 3. 2019 – 5 A 2147/16	226
Behördlicher Antrag an das Vollstreckungsgericht auf Eröffnung des Zwangsversteigerungsverfahrens; Bekanntgabe an den Schuldner – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – OVG Berlin-Brandenburg, Beschluss vom 16. 3. 2018 – 5 S 57.17	134	Widerruf der Waffenbesitzkarte wegen Grundhaltung des Waffenbesitzers zur Reichsbürgerbewegung; Zur Verhältnismäßigkeit der Waffenbesitzverbote – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – OVG RLP, Beschluss vom 3. 12. 2018 – 7 B 11152/18	228
Restschuldbefreiung nach der EUV 2015/848 als Vollstreckungshindernis; Zur Zulässigkeit einer verwaltungsgerichtlichen Feststellungsklage VG Greifswald, Urteil vom 20. 6. 2018 – 3 A 1365/16	136	Zur Annahmepflicht öffentlicher Stellen von gesetzlichen Zahlungsmitteln im Barzahlungswege in öffentlich-rechtlichen Schuldverhältnissen; Zum möglichen Verstoß gegen Unionsrecht – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – BVerwG, Beschluss vom 27. 3. 2019 – 6 C 6.18	251
Pfändung eines Pfändungsschutzkontos im Verwaltungswege; Kein Erfordernis für einen Hinweis auf den Pfändungsschutz gem. § 850k ZPO VGH BW, Beschluss vom 28. 8. 2018 – 2 S 1254/18	140	Zur Zuständigkeit für die Vollstreckung eines verwaltungsgerichtlichen Vergleichs – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – Nds. OVG, Beschluss vom 25. 4. 2019 – 11 LB 498/18	262
Zur hinreichenden Bestimmtheit einer Pfändungs- und Überweisungsverfügung; Zu den Rechten eines Drittschuldners VG Schleswig, Urteil vom 9. 11. 2017 – 4 A 33/16	153	Elektronischer Zugang zur Behörde; Zur Zugangseröffnung gem. § 3a VwVfG und zur Weiterentwicklung dieser Norm – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – VG Neustadt/Weinstraße, Urteil vom 17. 4. 2019 – 5 K 1589/18	263
Zur verwaltungsgerichtlichen Überprüfung eines behördlichen Insolvenzantrags; Zur Überprüfung des behördlichen Ermessens nach § 5 AO, § 40 VwVfG im Rahmen des § 114 VwGO Nds. OVG, Beschluss vom 17. 10. 2018 – 9 ME 106/18	162	Verordnung über die Vollstreckung privatrechtlicher Geldforderungen im Verwaltungszwangsverfahren – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – VG Göttingen, Beschluss vom 19. 6. 2017 – 1 B 26/17	281
Zur Tilgungsbestimmung bei freiwilligen und erzwungenen Steuer- und Abgabenzahlungen; Zur behördlichen Aufrechnung von Steuer- und Abgabenschuldverhältnissen OVG NRW, Beschluss vom 18. 10. 2018 – 14 B 961/18	164	Zum Mahnerfordernis als Vollstreckungsvoraussetzung OVG Saarland, Beschluss vom 18. 4. 2018 – 1 B 23/18	283
Rechtsmittel des von einer behördlichen Kontenpfändung mittelbar betroffenen Mitinhabers eines „Oder-Bankkontos“; Zulässigkeit des Pfändungszugriffs auf ein „Oder-Konto“ VG Magdeburg, Urteil vom 24. 10. 2018 – 9 A 194/17	181	<b>3. Finanzgerichte</b>	
Zur Geltendmachung einer zur Insolvenztabelle angemeldeten Steuerforderung im Wege der Haftungsinspruchnahme gem. § 93 InsO; § 93 InsO ist keine eigenständige Anspruchsgrundlage zugunsten des Insolvenzverwalters Sächs. OVG, Urteil vom 23. 5. 2018 – 5 A 68/18	183	Zur Unbilligkeit einer Kontopfändung gegenüber einer gewerblich tätigen Schuldnerin; Zum Vorrang des gesetzlichen Kontenpfändungsschutzes FG Sachsen, Urteil vom 17. 3. 2016 – 8 K 125/16	35
Zur Geltendmachung einer bereits dem Erblasser bekanntgegebenen Forderung gegenüber den Erben; Zur Rechtswidrigkeit des Haftungsbescheids; Zur Zahlungsverjährung Thür. OVG, Beschluss vom 29. 8. 2018 – 4 EO 379/18	189	Zur Adressierung eines die Insolvenzmasse betreffenden Steuerbescheids; Zur hinreichenden Bestimmtheit eines Verwaltungsakts BFH, Urteil vom 11. 4. 2018 – X R 39/16	209
Eilrechtsschutz wegen drohender Geldvollstreckung; Eintragung in das Schuldnerverzeichnis VG Neustadt, Beschluss vom 16. 10. 2017 – 5 L 1140/17	203	Auskunftsersuchen an Dritte im Besteuerungsverfahren; Bei Auskunft nach § 93 Abs. 1 AO gilt Subsidiaritätsprinzip – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – FG Berlin-Brandenburg, Urteil vom 30. 8. 2018 – 9 K 9099/16	257
Zur Verlagerung der Zahlungsverpflichtung aus öffentlich-rechtlichem Benutzungsverhältnis vom Grundstückseigentümer auf den Mieter VG Saarlouis, Beschluss vom 7. 3. 2018 – 5 K 1274/17	208	Vollstreckungshilfe nach dem deutsch-österreichischen Vertrag über Amts- und Rechtshilfe; Allgemeine Leistungsklage in Form der vorbeugenden Unterlassungsklage – Mit einer Anmerkung von Helmut Hagemann – FG Nürnberg, Urteil vom 24. 2. 2017 – 6 K 1712/16	278
Geltendmachung von Kosten im Amtshilfeverhältnis; Zur Gebührenerstattung BVerwG, Urteil vom 27. 6. 2018 – 6 C 10.17	211	<b>4. Sozialgerichte</b>	
Zwangsgeldbeitreibung bei zeitlich abgeschlossenen und einer Wiederholungsgefahr nicht mehr unterliegenden Verstößen OVG NRW, Beschluss vom 8. 10. 2018 – 4 B 1181/18	225	Leistungen zum Lebensunterhalt sind regelmäßig unpfändbar; Zum Bestehen einer Aufrechnungslage; Zur Vollstreckung einer unvollkommenen Forderung LSG NRW, Urteil vom 15. 3. 2018 – L 19 AS 1286/17	85
		<b>5. Arbeitsgerichte</b>	
		Zur eingruppierungsrechtlichen Behandlung der Vollstreckungsdienstaußentätigkeit als einheitlicher Arbeitsvor-	

gang; Zur Erfüllung der Tätigkeitsmerkmale „gründliche und vielseitige Fachkenntnisse“ und „selbständige Leistungen“ bei der Eingruppierung eines Tarifbeschäftigten als kommunaler Vollziehungsbeamter LAG Hamm, Urteil vom 7. 7. 2016 – 8 Sa 306/16	127
Vollstreckungsverbot trotz fortbestehender Verstrickung bis zum Ende der Wohlverhaltensphase AG Zeitz, Beschluss vom 29. 11. 2018 – 5 M 754/16	225
Insolvenzanfechtung – Inkongruenz durch Forderungspfändung in der Dreimonatsfrist; Zur Verzinsung des Rückgewähranspruchs und zur Zinsberechnung nach altem und neuem Recht BAG, Urteil vom 18. 10. 2018 – 6 AZR 506/17	284

## Neuerscheinungen

Klein, Abgabenordnung	24
Bork, Einführung in das Insolvenzrecht	95
Hirte/Vallender (Hg.), Uhlenbruck – Insolvenzordnung: InsO (Band 1)	120
Loth, Die Verwertung gepfändeter Sachen im Internet	144
Stöber, Zwangsversteigerungsgesetz	168
Eyermann, Verwaltungsgerichtsordnung	192
Saenger (Hg.), Zivilprozessordnung	240



# Alphabetisches Stichwortverzeichnis

A	B	I
<b>Amtshilfe</b> 211	<b>Bundesvorstand</b>	<b>Insolvenz</b> (siehe auch Vollstreckungspraxis)
Amtshilfeverhältnis 211	Grußwort des Bundesvorsitzenden zum Jahr 2019 1	Anfechtung 284
Anspruch der ersuchten Behörde 12	Bericht des Bundesvorstands für das Jahr 2018 25	– Dreimonatsfrist 284
Erstattung von –kosten 211	Bundesarbeitstagung 2019	– Gläubigerbenachteiligung 284
Kostenerstattungsregelungen 211	– Bericht 193	– Inkongruenz durch Forderungspfändung 284
Mehrkosten, unverhältnismäßige 211	– Einladung 97	– Rückgewähranspruch, Berechnung 284
Pauschalierung von Auslagen 211	– Mitgliederversammlung 98	– Verletzung des Gleichheitsgrundsatzes 284
<b>Anfechtung</b> 14	– Programm 98	– Zahlungsunfähigkeit des Schuldners 284
Interesse der Rechtsklarheit 17	– Vorträge 193	– Zeitraum, kritischer 284
kein Wahlrecht zwischen Klage und Duldungsbescheid 14	– Workshops 100, 193	Adressierung von Bescheiden 209
objektiver Wille des Gesetzgebers 14	Vereinsatzung	Änderungen der InsO 121
Spezialregelung von § 191 AO gegenüber § 9 AnFG 17	– Neufassung der ~ des Fachverbandes der Kommunalkassenverwalter e. V. 265	– Debt-Equity-Swap-Option 122
<b>Annahme von Euro-Banknoten</b> 251	<b>D</b>	– Eigenverwaltung 121
Annahmepflicht 251	<b>Datenschutz</b> 186	– Erleichterung der Sanierung von Unternehmen (ESUG) 121
Annahmeverzug der öffentlichen Stelle 251	Auskunftsersuchen	– Insolvenzplanverfahren 121
Anwendungsvorrang des Unionsrechts 251	– Absehen von geplanten ~ 257	– Konzerninsolvenz 121
Barzahlungswege, öffentlich-rechtlicher Schuldverkehr 251	– an Dritte 257	– Rechtstellung der Gesellschafter 122
Gesetz über Zahlungsverkehr 251	Auskunftssperre	– Restschuldbefreiung 121
Vorrang von Bundes- vor Landesrecht 251	– melderechtliche ~ 186	– Restrukturierungsmaßnahmen, präventive 122
<b>Aufrechnung mit unvollkommenen Forderungen</b> 85	– Behandlung von ~n 186	– Sanierungsmöglichkeiten/-wege 121
Bestehen einer Aufrechnungslage 85	– Eintragung einer ~ 186	– Schutzschirmverfahren 121
behördliche Aufrechnungs-erklärung 164	– Eintragung im Melderegister, keine Weitergabe durch Gerichtsvollzieher 186	– Selbstbestimmung des Insolvenzverwalters 122
Erstattungsförderung nach Restschuldbefreiung 85	Beteiligte, Mitwirkung 257	– Umsetzung in nationales Recht (grundsätzlich 2 Jahre) 122
fehlende Durchsetzbarkeit 85	Sachverhaltsaufklärung 257	– Unabhängigkeit der Insolvenzverwalter 122
Inhalt, unzweifelhafter 164	schutzwürdiges Interesse des Schuldners 186	– Verkürzungsmöglichkeiten 121
Naturalobligation 85	Subsidiaritätsprinzip 257	– vorinsolvenzliches Sanierungsverfahren 122
Tilgungsbestimmungen, bei freiwilliger/erzwungener Zahlung 164	<b>H</b>	behördlicher Insolvenzantrag 162
Vollstreckungshindernis (§ 257 Abs. 1 Nr. 3 AO) 85	<b>Haftungsbescheid</b> 189	– behördliches Ermessen (§ 114 VwGO) 164
<b>Auszahlungsanordnungen</b> 223	Erbschulden, nicht Haftungsschulden 189	– rechtsmissbräuchlicher Antrag 162
Bestellvorgang 223	Leistungsaufforderung 189	– Tatbestandsvoraussetzung 164
kassenrechtliche Betrachtung 223	Unterschied Fremdschulden/ Erblasserschulden 189	– verwaltungsgerichtliche Überprüfung 164
programmtechnische Realität 223	Verjährungsfragen 189	Bilanzkosmetik zur erwarteten Insolvenzanfechtung 169
Problematik 223	Widerspruch gegen Haftungsbescheid 189	– Anfechtungstatbestände 169
	Zahlungsaufforderung gegen Erben 189	– Auflösung von Rückstellungen 172

– Bildung von Rücklagen für Anfechtungen	170, 172	– Grundpfandrechtsgläubiger	49	– Prozesstandschafter der Gesellschaftsgläubiger	183
– Rückschlagsperre	169	– grundbuchrechtliche Aspekte	49	Restschuldbefreiung	136
– Wegfall der Verfügungsgewalt	169	– gutgläubiger Erwerb	49	– Anerkennung der Entscheidung im Inland	136
Freigabe der selbstständigen Tätigkeit	71	– Immobilie	49	– bestandkräftige Abgabenfestsetzung	136
– Haftungsmasse für Neugläubiger	71	– Insolvenzversteigerung	50, 52	– Feststellungsklage nach § 42 VWGO gegen Behörde	136
– kein Pfändungsschutz gem. § 850i Abs. 1 Satz 1 ZPO	71	– juristische Person	54	– internationale Zuständigkeit	136
– Neuverbindlichkeiten	72	– Kompetenzkonflikte	52	– Verstoß gegen den nationalen ordre-public i. S. v. Art. 33 VO (EU)	136
– Zugriff auf Neuvermögen	71	– Lösungsanspruch nach § 1179a BGB	56	– Vollstreckungshindernis	136
Geldbuße	43	– Löschungsbewilligung/Löschung eines Sperrvermerks	50	Verkauf eines Grundstücks	31
– Zahlung aus unpfändbarem Einkommen	43	– Massegegenstand	50	– Geltendmachung der Prämie	31
Grundlagen der Insolvenzanfechtung – Update 2018	8 ff.	– Massekostenbeitrag	50	– Grundpfandrechtsgläubiger, nachrangiger	31
– Anfechtungsnormen	8	– Mitwirkungsrechte des Absonderungsberechtigten	50	– kein Zahlungsanspruch des Insolvenzverwalter	31
– Anfechtungstatbestände, schematische Übersicht	14	– Nießbrauch, bestehender	55	– Lästigkeitsprämie	31
– Synopsen §§ 130 – 134, 142 – 143 InsO	8 – 13	– Nutzung, wirtschaftlich sinnvolle	51	– Löschungsbewilligung	31
Grundstücke in der Insolvenz	49	– Nutzungsentschädigung	56	Versicherung	218
– Abfindungsanspruch eines Gesellschafters	54	– Räumung der Immobilie	56	– einer Privatperson	218
– Ablöserecht des Gläubigers	53	– Räumung der Immobilie	56	– anfechtbare Rechtshandlung	220
– Auflösungstatbestand, handelsrechtlicher	54	– Rechte, dingliche	50	– Eintritt in den Versicherungsvertrag	220
– Auseinandersetzungsanspruch, -grund	52, 54	– Rechtsposition des Eigentümers/ des Schuldners	54	– Insolvenzfestigkeit	219
– Aus-/Absonderungsrechte	50	– selbstbewohnte Immobilie	55	– Insolvenzforderungen	220
– Befriedigung, abgesonderte	49	– Sicherung der Masse	50	– Insolvenzmasse	218
– Befriedigungsrangfolge (§ 10 ZVG)	52	– Sperrvermerk, Eintragung	49	– Übergang der Verwaltungs-/ Verfügungsbefugnis	220
– Berichtigungsantrag	49	– Surrogat	50, 53	– Versagung der Restschuldbefreiung	220
– Beschlagnahme	52	– Titelumschreibung	51	– betriebliche Altersversorgung	221
– Bruchteilseigentum/Wohnungseigentum	55	– Unrichtigkeit des Grundbuchs	49	– Gesamtsozialversicherungsbeitrag	222
– Doppel-/Dreifachvergütung	52	– Unterhaltskosten des Grundstücks	53	– Gebäudeversicherung einer WEG	200
– Drittrechte	56	– Umsatzsteuerpflicht	54	– Fahrzeugvollversicherung eines Leasingfahrzeuges	200
– Einstellung des Versteigerungsverfahrens	51	– Veräußerungsgeschäft	50	– Haftpflichtversicherung	200
– Erwerbsobliegenheit	54	– Verfügungsgewalt	51	– Reiserücktrittversicherung	200
– Feststellungs-/Verwertungskostenpauschale	49	– Verkauf	31	– Rückdeckungsversicherung	200
– Feststellungspauschale	53	– Vermögenswert, nennenswerter	49	– Versicherung des Nießbrauchers	200
– Freigabe/-erklärung	53, 54	– Verwertungsrecht des Gläubigers	51		
– freiwillige Verwertung/Veräußerung	50, 53	– Vorkaufsberechtigter	53	<b>K</b>	
– Fremdrechte	50, 53	– Vormerkung	55	<b>Kassenprüfungen</b>	150
– Gesamthandeigentum	52	– Werterhaltung der Immobilie	51	Kassensicherheit	150
– Gesamthandgemeinschaft, BGB-Gesellschaft	54	– Wertschöpfung	53	Rechnungsprüfungsamt	
– Gläubiger, absonderungsberechtigt	49	– Wohnungsrecht	55	– Anknüpfungspunkt zum Kassenswesen	152
– Gläubigerversammlung	53	– Zwangsverwaltung	51	– Aufgaben des kommunalen ~s	151
		Haftungsfragen	183		
		– § 93 InsO	183		
		– Anspruch auf Verzugs-/Prozesszinsen	183		
		– Haftungsanspruch einer Steuerforderung	183		
		– Haftungsinanspruchnahme eines Gesellschafters	183		
		– Leistungsklage anstelle Haftungsbescheid nach Eröffnung	183		





<b>Pfändungsfreibetrag</b>	45	Waffenverbot/Waffenbesitzverbot	228	Ermessensfehler	80
Bedarfsgemeinschaft, sozialrechtliche	45	– Eignung, persönliche	236	Höhe der vollstreckbaren Forderung	80
Belassung eines weiteren Betrags nach § 850f Abs. 1 Buchst. a ZPO	45	– Erkrankung, psychische	236	Rechtsschutzbedürfnis	80
Erhöhung des Pfändungsfreigrenze gem. § 850f Abs. 1 Buchst. c ZPO	45	– Unzuverlässigkeit, waffenrechtliche	230	Umstände, außergewöhnliche	80
grundrechtliche Konformität	45	– Verhältnismäßigkeit	228		
keine Berücksichtigung		– Widerruf der Waffenbesitzkarte	230	<b>T</b>	
– einer nicht unterhaltsberechtigten Person	45	<b>Restrukturierungsrichtlinie</b>	241	<b>Titulierung</b>	
– sittenwidrige Härte	45	Befriedigungsquote	244	zivilrechtlicher Forderungen	76
<b>Pfändungs- und Überweisungsverfügung</b>	153	Debt-Equity-Swap	242	– Antrag auf Erlass eines Vollstreckungsbescheids	77
Bestimmtheit	153	Entschuldung	243	– Beschaffung des Vollstreckungstitels	76
Bevollmächtigten, Hinzuziehung von	153	– ~sgesamtpaket	244	gerichtliches Mahnverfahren	76
Forderung, nicht zustehende	153	– Frist zur ~, Veränderungen	245	– Antrag auf Durchführung des ~s	77
Heilung von Mängeln	153	– Tätigkeitsverbot	241	– Grundlagen 76	
Leistungsbescheid als Vollstreckungsvoraussetzung	153	– Verkürzung der ~ bei Firmen	242	– Widerspruch, Einspruch	78
Rechte des Drittschuldners	153	– Verkürzung der ~phase auf 3 Jahre	242	Hinweis auf § 829a ZPO	80
Rechtmäßigkeit und Wirksamkeit	153	Finanzierung insolventer Unternehmen	244	privatrechtlichen Forderungen der Kommune	76
<b>Pfändungs- und Überweisungsbeschluss</b>	204	Förderung des elektronischen Rechtsverkehrs	246	streitiges Verfahren/Klageverfahren	78
abstrakt-generelle Forderungspfändung	204	Förderung von Sanierungsberatern	245	Verzug/Verzugszinsen, Kosten	76
Bezeichnung des Rechtsgrundes	204	Insolvenzkultur, -mentalität	241		
Forderungspfändung gegenüber Lebensversicherung	204	kleinere/mittlere Unternehmen	244	<b>U</b>	
		Reform des Anfechtungsrechts	245	<b>Übergeleitete Unterhaltsansprüche, Vollstreckung</b>	227
<b>R</b>		Reform des Konzerninsolvenzrechts	241	Bewilligungsbescheid	227
<b>Rechtsschutz</b>	203	Sachkunde der Beteiligten	245	Forderungsübergang, gesetzlicher	227
allgemeine Leistungsklage	278	Vertragsrecht und Lieferanten bei Sanierungsplan	245	gerichtlicher Vollstreckungsbescheid	227
deutsch-österreichisches Amts- und Rechtshilfeabkommen	278	vorzeitige Sanierung	244	<b>Unpfändbarkeit von Zuschlägen</b>	160
Eilrechtsschutz	203	Stärkung der Gläubigerrechte (GIRStG)	241	Erschwerniszulage	160
Entscheidung über Einwendungen	203	– Vergütungsrecht	241	Pfändung von Entgelt für Samstagsarbeit	160
einstweilige Anordnung	203	<b>Rundfunkbeiträge</b>	37	verfassungs- und arbeitszeitrechtliche Vorgaben	160
Eintragung in Schuldnerverzeichnis	203	Drittauskünfte	37	Zuschläge für Sonntags-/Feiertagsarbeit	160
Erforderlichkeit eines intensiven Rechtsschutzbedürfnisses	278	– Ablehnung der ~	37		
Feststellungsklage	278	– Antrag gem. § 802l ZPO	37	<b>Unterhaltspfändung</b>	214
Geldvollstreckung, drohende	203	– Erforderlichkeit der ~	37	Angemessenheit der Aufwendungen	214
Unterlassungsklage	278	– Nichtanwendbarkeit des § 802l ZPO nach dem LVwVG BW	37	Bedarf, fiktive Ermittlung	214
Vollstreckungsmaßnahme, künftige, anfechtbare	203	– Relevanz des § 16 Abs. 3 LwVG	37	Kosten der Unterkunft und Heizung	214
Vollstreckungsankündigung	278			Mietpreinsniveau, ortsübliches	214
<b>Reichsbürgerbewegung</b>	228	<b>S</b>		Sozialrecht	214
Abrede geltender Rechtsvorschriften	228	<b>Schuldnerverzeichnis</b>	80		
		Anordnung der Eintragung in ~	80		
		behördliche Ermessensentscheidung	80		
		Ermessenserwägungen, besondere	80		

## V

<b>Verjährung</b>	67	Beitragszuschuss zur Krankenversicherung	149	– Gesamtschuldnerregelung	199
Altmasseverbindlichkeiten	67	Berufsstände Versorgungswerke (Länder)	146	– Lebensversicherung	175
Anwendung des § 205 BGB	67	– Leistungen	174	Pfändungsverfügung, Inhalt, Umfang, Auslegung	149
Anzeige der Masseunzulänglichkeit, keine Unterbrechung	67	Berufsunfähigkeits- und Unfallversicherung	197	Pfändungsschutz nach § 54 SGB I	148
Erhebung einer Feststellungsklage, Hemmungstatbestand	67	Bezugsberechtigte	145	private Versicherungen	146, 174, 248
kein Rechtsmissbrauch des Insolvenzverwalters	67	Billigkeitskriterien	148	– private Krankenversicherung	197
Leistungsverweigerungsrecht, unwidersprochen	67	Bürgschaft	147	– private Rentenversicherung	196
Stundungs-Stillhalteabkommen	67	Bürgschaft- oder Versicherungsvertrag	147	– Berufsunfähigkeitsrente	196
<b>Vermögensauskunftsverfahren</b>	64	Drittschuldner nach §§ 12, 18 – 29 SGB	148	Pfändungsschutz nach § 851c ZPO	196
Erzwingungshaft		familienrechtlicher Versorgungsausgleich	202	Rechtsnatur als Geldforderung	145
– Anordnung	64	Finanzrechtsweg	249	Rechtsschutz	248
– Verhältnismäßigkeit	64	freiwillige Mitgliedschaft in Unfallversicherung	149	Rechtsweg gegenüber Dritten	250
Einstellung der Zwangsvollstreckung	158	Gewährung menschenwürdigen Existenzminimums	145	Schuldstatus der Versicherungsverträge	201
– Rechtsfolgen	158	Garantie-/Versicherungsansprüche	146	Soldatenversorgung, Kapitalabfindung	149
Erkenntnis- und Vollstreckungsverfahren	158	Garantieverträge Bürgschaften, Abgrenzung	146	Aufrechnung durch den Versicherer	201
Haftbefehl zur Erzwingung	158	Gebäudeversicherung	199	Erstattung infolge Widerspruch	200
– Aufhebung, nicht bei Teilleistungen	158	Geldrente wegen Körperverletzung	147	Schadenersatzwege, Verletzung der Beratungspflicht	201
Haftsanktion, Pflicht des Schuldners zur Vermögensauskunft	64	Gestaltungswirkung der Beteiligten	148	Selbstbeteiligung/Unterversicherung	201
Rechtsschuld des zu verhaftenden Schuldners	64	Haftpflichtversicherung	198	Übergang des Versicherungsverhältnisses	201
Vollstreckung eines Ordnungsgeldes	64	KFZ-Versicherung	198	Sozialleistungen	246
<b>Vermögensverzeichnis</b>	36	Herausgabeanspruch	148	– beamtenrechtliche Beihilfe	247
Vermögensauskunft und Insolvenzverfahren	36	Hinterbliebenenbezüge	248	– eingeschränkt pfändbar (§ 54 SGB I)	147
Verschleierung/Verheimlichen der wahren Vermögenslage	36	Insolvenzgeld	246	– staatliche ~	147
Verschweigen einzelner Vermögensbestandteile	36	Insolvenzgericht als Vollstreckungsgericht	249	– unvererblich	246
strafrechtliche Folgen falscher Angaben	36	insolvenzrechtlicher Anfechtungsrechtstreit	249	Sozialpfändungsschutz im Rahmen des P-Kontos	202
Tatmehrheit/Tateinheit	36	Kapitallebensversicherung	146, 176	Sozialstaatsprinzip	145
<b>Versicherungen in Vollstreckung</b>	145	Lebensversicherungen		Sozialversicherungssystem	146, 247
Abfindungsansprüche	147	– abgetretene ~	179	staatliche Sozialversicherung (Bund)	145
Altersversorgung, steuerlich geförderte	197	– Anfechtbarkeit	180	Unpfändbarkeit von ALG II-Leistungen	147
Anfechtung einer Abtretung	149	– Anfechtung bei Bezugsrecht eines Dritten	179	Unterhalt der Ehegatten	147
Ansprüche, Geldwerte	145	– Bedeutung der Begünstigerklärung	179	Verjährung	202
Arbeitseinkommen	174	– Direkterwerb	179	Versicherung für fremde Rechnung	199
Auskunftsansprüche	248	– Gestaltungsrecht bei ~	177	Versicherung im Erbfall	246
Bausparvertrag zugunsten Dritter	147	– Kündigungsrecht	177	Versicherungsschein	217
beamtenrechtliche Versorgungsbezüge	149	– prämiensfreie ~	177	Versicherungsarten und Pfändungsschutz	147
		– Verkauf der ~	179	Versicherungsverträge, private	145
		– Widerruf der Bezugsberechtigung	178	Versicherungsaufsicht	146
		Mehrfachversicherung	199	Versorgungsanstalt des Bundes und der Länder	146
		– auf Todesfall, bedingt pfändbar	175	Verwaltungsrechtsweg	250

Wechsel des Drittschuldners	201	– Geldforderung, nicht übermäßig hohe	93	Anfechtungsrecht, allgemeines nach InsO	5
Zusammenrechnung nach § 850e Nr. 2 ZPO	148	– gerichtliches Eilverfahren, Vermeidung	93	anfechtungsrechtliche Fragestellung	5
<b>Vollstreckung</b>		– Überprüfbarkeit des Leistungsbescheids	93	Anforderung an das Rechtsschutzinteresse	2
Ankündigung der ~	113	– Vorbehalt der Nachprüfung	93	Ausforschung der Vermögensverhältnisse	3
– drohende Zwangsvollstreckung	113	– Voraussetzungen	93	Aussonderungsrechte	3
– Feststellungsinteresse	113	– Zumutbarkeit des Schuldners	93	Befriedigungsaussichten	3
– Leistungsklage, vorbeugende	113	Vermieterpfandrecht	20	Befriedigungsinteresse, andere Gläubiger	2
– Rechtsschutz, vorbeugender	113	– Auslegung des § 562a BGB	20	Benachteiligung, vorsätzliche	5
– Verwaltungscharakter einer Vollstreckungsankündigung	113	– Rechtslage bei vorübergehendem Wegschaffen der Sache	20	Beschwerde, sofortige	4
– Vollstreckungsankündigung	113	– Reichweite des Pfandrechts an Fahrzeugen	20	Deckungshandlung, inkongruente	5 f.
– Vorstufe eines Vollstreckungsverfahrens	113	– in der Insolvenz	20	Dreimonatsfrist, Befriedigung in der Zwangsvollstreckung	6
– vorbeugender Rechtsschutz	113	– Werkunternehmerpfandrecht zivilrechtlicher Forderungen	20	Druck des initiierten Insolvenzantrags	4
bei minderjährigen Schuldern	27	– bewegliche Sachen	79	Druckantrag	3
– aktive Vertretungsberechtigte, Nachweis für	28	– Forderungen und Rechte	79	– Rechtsfolgen	4
– Anordnungsbeschluss durch Betreuungsgericht	30	– nach der ZPO, Antragsformular	79	Druckausübung der Zulassungsstelle	5
– Aufsicht des Rechtspflegers des Betreuungsgerichts	30	– unbewegliches Vermögen	79	Druckpotenzial gegen Schuldner	4
– Bekanntgabe/Zustellung von Verwaltungsakten	28	Zwangsvollstreckung		Druckzahlung	2, 3
– Beschwerdebefugnis des Drittschuldners	249	– Voraussetzungen	78	Ermessensfehlerhaftigkeit eines behördlichen Antrags	5
– Besonderheit bei Zwangsversteigerung	29	<b>Vollstreckungsbeamter</b>	123	finanzielle Bedrängnis	5
– Betreuer	30	als Mediator	126	Gläubigerantrag, bei Dauerschuldverhältnissen	2
– Betreute im Vollstreckungsverfahren	29	Annahme von Zahlungsmitteln	124	Insolvenzantrag nach vergeblichem Vollstreckungsversuch	2
– Drittwiderspruchsklage	249	Arbeitsvorgang, einheitlicher	127	Indizien für Nichtteilnahme am Verfahren	4
– Einwilligungsvorbehalt	29	Aufgaben und Tätigkeit eines ~	124	Korrespondenz mit Schuldner	4
– Geschäftsfähigkeit (Stufen)	28	Betreten und Durchsuchen des Besitztums	124	Kostenfolge für Antrag	5
– Geschäftsunfähigkeit/beschränkte Geschäftsfähigkeit	29	Dokumentation	126	nachrangige Forderungen	3
– gesetzlich eingeschränkte Vertretungsmacht	29	Durchführung der Pfändung	126	Neufassung des § 14 InsO	2
– passive Vertretungsberechtigte	28	Eingruppierungsvorschriften, tarifliche	127	Passivität, enthaltsame	2
– Prozessfähigkeit	28	Entscheidungen durch den ~	126	Procedere zur Ratenzahlung	4
– Ratenzahlung für Betreuten	30	Fachkenntnisse	127	Quote unter 5 Prozent	2
– Rechtsbehelfe im Allgemeinen	249	selbstständige Leistung	127	rechtliches Interesse	3
– Sorgeberechtigte	28	Tätigkeitsmerkmale	127	Rechtsbeziehung, dauerhafte zum Schuldner	3
– Vollstreckung gegen den/die Vertreter des Kindes	28	Urteil des LAG Hamm	123	Rechtsgrundsätze	5
– Vormund oder Ergänzungspfleger als Vertreter	29	Vergütungsansprüche, Verjährung	127	rechtsmissbräuchlicher Insolvenzantrag	3
– Zivilrechtsweg	249	Vollstreckungsauftrag	124	Rechtsschutzinteresse	2, 4
– Zusammenarbeit mit Betreuer	30	Vor- und Nacharbeiten	127	Rechtsmittel – Landgericht	5
– Zustellung an Betreuer	29	<b>Vollstreckungspraxis</b>		Redlichkeit des Vermögenstransfers	5
Einstellung oder Beschränkung der ~	93	abgesonderte Befriedigung	3	Risiko späterer Anfechtung	2
– Eilbedürftigkeit für einstweiligen Rechtsschutz	93	Ampflichtverletzung	5	Rücknahme des Eröffnungsantrags	6
		Androhung sofortiger Vollstreckung	6	Rückschlagsperre	6
		Androhung oder Stellung des Insolvenzantrags	2	Sachziel, originäres	4
				Subsidiarität, allgemeine	3

verfahrensfremde Zwecke	3	Rechtsschutz, besonderer	281	Anspruchsgrundlage, fehlende	208
Vergleichsverhandlungen	4	rechtssichere Vollstreckung	281	Benutzungsgebühren	208
Vermögensverlagerungen	5			Satzungsregelung, eindeutige	208
Vermögenstransfer, anfechtbarer	5	<b>Z</b>		SEPA-Lastschriftermächtigung vom Mieter	208
Zahlungen, sachwidrige	5	<b>Zahlungspflicht nach dem Tod des Schuldners</b>	73	Verlagerung der ~ vom abgabepflichtigen Grundstückseigentümer auf Mieter	208
Zahlungsfrist, fristloser Ablauf	6	Bescheid als Vollstreckungsgrundlage	73	<b>Zugang eines einfachen Briefs</b>	226
Zahlungsmodalität mit Schuldner	4	beschränkte Haftung des Fiskus	75	Anscheinsbeweis nicht möglich	226
Zahlungsunfähigkeit des Schuldners	7	Bestattungskosten = Nachlassverbindlichkeiten	74	automatisiertes Verfahren	226
Zweck der eigenen anteiligen Befriedigung	3	Bestattung durch öffentliche Stellen	74	Beweiserhebung	226
<b>Vollstreckungstitel, gerichtlicher</b>	262	Bestellung eines Nachlasspflegers	74	fehlender behördlicher Absendermerk	226
Doppelnatur	262	Duldungsbescheid gegen Käufer	75	Indizienbeweis	226
Vergleich, verwaltungsgerichtlicher	262	Erbenermittlung		<b>Zugang, elektronischer</b>	263
Vertrag, materiellrechtlicher öffentlich-rechtlicher	262	– durch Gläubiger	73	Eröffnung eines De-Mail-Zugangs	263
Vollstreckungsbefugnis auf Vorsitzenden des Gerichts	262	– von Amts wegen (Bayern)	73	Signatur, qualifizierte elektronische	263
		fiskalisches Erbrecht	75	Zugangseröffnung	263
<b>Vollstreckungsverbot bis Ende der Wohlverhaltensphase</b>	225	Forderungen, offene	73	<b>Zuständigkeitsregelung zur Abnahme der Eidesstattlichen Versicherung</b>	274
Aussetzung der Vollziehung	225	Gesamtrechtsnachfolge	73	Zusammenstellung über Zuständigkeit	274
Reichweite der Vollstreckungsverbote (§§ 89, 294 InsO)	225	Gesamtvermögen	73	<b>Zustellung, öffentliche</b>	17
Verstrickung	225	Grundbesitz, Regelung nach § 82 GBO	74	Bewilligung durch Gerichtsvollzieher	17
		Grundbuchberichtigung mittels Zwangsgeld	74	Ladung im Vermögensauskunftsverfahren	17
<b>Vollstreckungsvergütung</b>	57	Haftung, gesamtschuldnerisch	74	Zuständigkeit des Gerichtsvollziehers	17
Arbeitszeit		Haftungsbescheid nicht erforderlich	73	<b>Zwangsgeld</b>	225
– § 2 ArbZVO	57	Kostentragungspflicht, Angehörige	74	Androhung des Zwangsgelds	225
– im Außendienst	57	Leistungsbescheid gegen Erben	73	Duldungs-/Unterlassungspflicht	225
– regelmäßige ~	57	Mitschuldner verpflichtet	75	Wiederholungsgefahr	225
Inhalt der Neureglung	57	Nachlassrecht	73	<b>Zwangsversteigerung</b>	134
Innen-/Außendienst-Tätigkeit	57	Nachlasspflegschaft	74	Antrag	
Gesetzesbegründung und Stellungnahme des FKKV	58	Nachlassverbindlichkeiten	73	– an Vollstreckungsgericht	134
Gewährung der Vergütung für tariflich Beschäftigte	58	öffentliche Last, Geltendmachung	75	– behördlicher ~santrag	134
Neureglung in Rheinland-Pfalz	57	Schuldnerauswahl, zahlungsfähigsten	75	Bekanntgabe, strittige	134
Rechtslage		schuldrechtliche Verpflichtung des Fiskus	75	Individualinteresse	134
– ab 1. 1. 2019	57	Zwangserbe, Staat	75	Rechtsschutz, zivilrechtlicher	134
– bis 31. 12. 2018	57	Zwangsvollstreckung		Regelungswirkung	134
		– dingliche	75	verwaltungsrechtliche Einordnung des Antrags	134
<b>Vollstreckung zivilrechtlicher Ansprüche</b>	281	– gegen Erblasser	73	Vollstreckbarkeitsbescheinigung	134
Beachtung von Einwendungen	281	Zwangsversteigerung, Bestimmung § 17 ZVG	74		
Bedeutung der Zahlungsaufforderung	281	<b>Zahlungsverpflichtung, Veranlagung</b>	208		
Belehrungspflicht, besondere	281				